

21.04.2021

*Zum Internationalen Tag der Erde und dem Inkrafttreten des Escazú-Abkommens*

## **fordert Amnesty International Chile Aktionen für Mujeres Modatima aus Chile und warnt vor Gefahren für Umweltschützer\*innen in ganz Nord- und Südamerika.**

Anlässlich des **Internationalen Earth Days** am 22. April warnt **Amnesty International** vor **den Risiken und Angriffen, denen Umweltschützer\*innen vor allem auf dem amerikanischen Kontinent ausgesetzt sind. Dieser Kontinent ist die gefährlichste Region der Welt für diejenigen, die an vorderster Front für den Schutz von Land, Territorium und Umwelt kämpfen.**

**„.... Auch in Chile sind wir angesichts der Situation der Mujeres Modatima aus der Provinz Petorca alarmiert, eine Organisation, die einen unermüdlichen Kampf zur Verteidigung des Zugangs zu Wasser führt und deren Mitglieder seit Jahren Angriffen, Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt sind“**, sagte Ana Piquer, Geschäftsführerin von Amnesty International Chile.

Das Nationale Institut für Menschenrechte hat in verschiedenen Publikationen vor der Wassersituation und der Verletzung dieses Grundrechts für die Bewohner\*innen Petorcas gewarnt. In den Berichten heißt es, dass die Wasserknappheit nicht nur mit dem Phänomen der Dürre zusammenhängt, sondern auch mit den wirtschaftlichen Aktivitäten in der Gegend, insbesondere mit der Nutzung der Böden für den intensiven Anbau von Avocado- und Zitrusbäumen.

Die Organisation Mujeres Modatima („Movimiento por la Defensa del Agua, la Tierra y el Medio Ambiente“) wurde 2017 gegründet aufgrund der spürbaren Folgen der Wasserkrise auf die Frauen der Region, die sich negativ auf ihr Leben und das ihrer Familien auswirkte. Aufgrund ihrer mutigen Arbeit, die sie unternommen haben, um ihre prekäre Lage anzuprangern, erleiden sie inzwischen Überwachung, Einschüchterung, Stigmatisierung, Zensur, Verfolgung, administrative Hindernisse und Drohungen.

**Zu den Fällen, die Amnesty International dokumentiert hat, gehören die von Verónica Vilches und Lorena Donaire. Sie sind beide Verteidigerinnen des Rechts auf Wasser.**

**Verónica Vilches** ist Kleinbäuerin, geboren und aufgewachsen in Cabildo, Provinz Petorca. Seit ihrer Kindheit setzt sie sich für den Schutz von Wasser und der Natur ein. Seit 2015 ist sie Präsidentin der ländlichen Trinkwasserversorgung (APR – „abastecimiento de agua potable rural“) von San José de Cabildo. Diese Position hat sie ehrenamtlich inne und ermöglicht es, die lebenswichtige Wasserressource an mehr als tausend Menschen in ihrer Gemeinde zu liefern. Verónica Vilches erzählte Amnesty International, dass sie ab diesem Zeitpunkt zunehmend unter Überwachung und Schikanen zu leiden hatte.

"Im Jahr 2017 kamen sechs PDI-Beamte ohne jegliche Ausweisdokumente in die Wasserversorgungsanlage. Sie drängten mich, den Brunnen in Betrieb zu nehmen und berührten ständig ihre Waffen. Es schien, dass sie mich verwirren und erschrecken wollten. Später sagten sie mir, dass ich von diesem Moment an dafür angeklagt würde, Wasser für die Gemeinde San José zu stehlen und zwangen mich einige Papiere zu unterschreiben", berichtet Verónica Vilches.

Nach den Recherchen von Amnesty International bei der Staatsanwaltschaft gibt es jedoch keine Aufzeichnungen darüber, dass jemals ein Verfahren gegen Verónica Vilches eröffnet wurde.

Sie erzählt auch, dass es üblich ist, dass Lastwagen und Jeeps vor ihr Haus oder den Hauptsitz der APR vorfahren und sie beschimpfen. "Es handelt sich um Fahrzeuge mit getönten Scheiben und ohne Nummernschilder. 2019 als ich mit einer anderen Betreiberin der APR auf der Route 35 auf dem Weg zum Werk war, hat uns sogar fast ein silberner Jeep überfahren", fügt sie hinzu.

Ein Jahr später, erzählt Veronica, dass sie auf dem Heimweg von der Wasserpumpe war, als sie von einem Polizeiwagen angefahren wurde. "Ich habe mit Kopfhörern telefoniert. Ein Mann sprach mich in einem lauten Ton an. Als er merkte, dass ich mit jemandem sprach, entschuldigte er sich und bat mich, das Geschehene nicht zu kommentieren. Die Scheiben waren getönt, so dass ich nur den Fahrer sehen konnte. Am nächsten Tag kam ein Polizist in Zivil zu mir nach Hause. Wieder entschuldigte er sich bei mir und bat mich, nichts über das zu sagen, was in der Nacht zuvor passiert war. Ich willigte ein und dachte so meine Familie zu schützen.

Ein weiterer ernster Vorfall, der erst kürzlich durch die Medien bekannt wurde, ereignete sich am 13. Februar dieses Jahres, als das Wasserwerk mit einem Graffiti versehen wurde, auf dem die Drohung zu lesen war: **"Tod APR. Tod Veronica Vilches"**. "Danach, und ohne irgendeine Art von Vorwarnung, kamen ein Leutnant und zwei Polizisten zu meinem Haus. Sie kamen, um eine Vernehmung zum Geschehenen durchzuführen. In diesem Moment warfen sie mir vor, dass ich es noch nicht gemeldet hatte. Ich erklärte, dass ich immer noch unter Schock stand. Bei all dem, was ich erlebt hatte, der Angst und der Trauer, verlor ich für ein paar Stunden meine Stimme."

Im März teilte das PDI von Los Andes Verónica Vilches telefonisch mit, dass der Fall eingestellt werde, weil es keine Beweise gebe. Ein anderer PDI kam jedoch zu ihr nach Hause und lud sie auf die Polizeistation von La Ligua vor, um auszusagen. Bis heute gibt es keine Neuigkeiten bezüglich der Ermittlungen, die bei der Staatsanwaltschaft laufen.

**Lorena Donaire Cataldo** ist Mutter, Lehrerin und Umweltschützerin seit 2010. Sie lebt derzeit in La Ligua und ist nationale Sprecherin von Mujeres Modatima. Lorena erzählte Amnesty International, dass sie mehrmals von Lastwagen oder Jeeps mit getönten Scheiben und ohne Nummernschild verfolgt wurde. Sie sagte auch, dass vor ihrem Haus ein Lieferwagen mit diesen Merkmalen geparkt war und dass sie gelegentlich Drohnen über ihrem Grundstück entdeckt hat.

Darüber hinaus sagte sie, dass bei mindestens vier Gelegenheiten unbekannte Personen in ihr Haus eingedrungen sind, immer in den frühen Morgenstunden und während sie mit ihren Kindern zu Hause war. Bei keiner dieser Gelegenheiten, wurde etwas gestohlen. "Der letzte Vorfall dieser Art, den ich erlitt, war im Februar dieses Jahres. Als ich die Geräusche und das Eindringen hörte, habe ich alle Messer genommen und mich mit meinen Kindern im Zimmer eingeschlossen." Bei diesem letzten Vorfall erklärt Lorena Donaire, dass sie die Polizei anrief, deren Antwort war, dass "sie keinen Lieferwagen hatten, um ihr zu helfen".

Amnesty International warnt, dass die Angriffe und Einschüchterungen, die Verónica Vilches und Lorena Donaire erlebt haben, die prekäre Lage widerspiegeln, in der sich auch andere Mitglieder von Modatima Mujeres und andere Umweltaktivist\*innen im Land befinden.

**"Während diese Menschen ihren mutigen und notwendigen Kampf für das Recht auf Wasser für ihre Gemeinden fortsetzen, schaut der chilenische Staat zu, ohne wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Umweltaktivist\*innen schützen und die feigen Angriffe verhindern könnten, die sie für die Verteidigung der Menschenrechte erleiden"**, sagte Ana Piquer.

Amnesty International fordert die chilenische Staatsanwaltschaft auf, dafür zu sorgen, dass die Opfer solcher Taten diese umgehend anzeigen können und dass alle von den

Verteidiger\*innen von Mujeres Modatima eingereichten Beschwerden unverzüglich, gründlich und unparteiisch untersucht werden. Außerdem müssen die Verantwortlichen für die Angriffe unbedingt vor Gericht gestellt und Schutzmechanismen für diejenigen eingerichtet werden, die diese benötigen. Dies ist ein erster Schritt, dass der Staat die grundlegende und legitime Arbeit der Verteidiger\*innen des Rechts auf Wasser anerkennt.

Andererseits fordert Amnesty International Präsident Sebastián Piñera erneut dazu auf, zum Weg der Führung zurückzukehren, den er zu Beginn der internationalen Verhandlungen eingeschlagen hatte, der dazu diente, den Beitritt zum Escazú-Abkommen zu erreichen. Das Ziel dieses Paktes ist es, neue Standards für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte zu setzen.

**"Obwohl die chilenische Regierung unerklärlicherweise beschlossen hat, diesen wichtigen Umweltpakt nicht zu unterzeichnen, ist es dringend erforderlich, dass sie dies überdenkt und die notwendigen Maßnahmen ergreift, um ihm beizutreten. Die Verabschiedung von Richtlinien und Protokollen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen, die zu Umweltthemen arbeiten, ist ein Muss für das Land und die Region",** sagt Ana Piquer abschließend.